



## Prof. Dr. Herbert Obinger

Herbert Obinger studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Wien und Bern und ist seit 2006 Professor für Politikwissenschaft in Bremen. Forschungsaufenthalte an der Universität Heidelberg und der Harvard University sowie Gastprofessuren an der Universität Wien, der Jacobs University Bremen und am Center for Welfare State Research der University of Southern Denmark (Odense). Er ist seit 2010 Direktor des Zentrums für Sozialpolitik (ZeS) der Universität Bremen.

<http://www.zes.uni-bremen.de/das-zentrum/organisation/mitglieder/herbert-obinger/>

### **Ausgewählte Buchpublikationen:**

- Castles, Francis G.; Leibfried, Stephan; Lewis, Jane; Obinger, Herbert; Pierson, Christopher (Hg.), 2010: The Oxford Handbook of the Welfare State, Oxford: Oxford University Press
- Obinger, Herbert; Starke, Peter; Moser, Julia; Bogedan, Claudia; Obinger-Gindulis, Edith; Leibfried, Stephan, 2010: Transformations of the Welfare State. Small States, Big Lessons, Oxford: Oxford University Press
- Obinger, Herbert; Leibfried, Stephan; Castles, Francis G. (Hg.), 2005: Federalism and the Welfare State. New World and European Experiences, Cambridge: Cambridge University Press
- Busemeyer, Marius; Ebbinghaus, Bernhard; Leibfried, Stephan; Mayer-Ahuja, Nicole; Obinger, Herbert; Pfau-Effinger, Birgit (Hg.), 2013: Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert. Neue Wege der Forschung, Frankfurt am Main/New York: Campus

### **Abstract**

Die politischen und sozio-ökonomischen Rahmenbindungen wohlfahrtsstaatlicher Politik haben sich seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts grundlegend verändert und bildeten in den Mitgliedsstaaten der OECD den Auslöser für einen Um-, Aus- und Rückbau des Sozialstaates. Gemeinsame Trends sind der Ausbau aktiver und aktivierender Arbeitsmarktpolitik (bei gleichzeitigen Kürzungen passiver Leistungen), die Etablierung eines Mehssäulensystems in der Alterssicherung (begleitet von Einschränkungen im öffentlichen Rentensystem), diverse Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen oder der selektive Ausbau der Familienpolitik. Trotz Leistungskürzungen sind die öffentlichen Sozialausgaben seit 1980 praktisch überall kontinuierlich angestiegen. Diese Entwicklungen sind bedeutsam, um die Folgen der gegenwärtigen Fiskalkrise für den Sozialstaat zu verstehen und abzuschätzen. Das gegenwärtige Austeritätsregime birgt nicht nur für den Sozialstaat sondern auch für Politik und Demokratie erhebliche Risiken. Als mittel- und langfristiger Ausweg aus der Krise müssen Investitionen in Kinder massiv forciert sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Dieser soziale Investitionsstaat mit seinem Fokus auf präventiver Sozialpolitik ist auch wirtschaftlich von hohem Nutzen. Trotz einer vergleichsweise sehr guten Sozialpolitikbilanz besteht in Österreich hier Handlungsbedarf. Gleiches gilt für die sozialpolitische Begleitforschung.